

Dr. Karl-Wilhelm Hirsch

stellv. Vorsitzender der Freien Demokratischen Partei, Ortsverband Würselen
Würselen, den 28.03.1999

Staatwirtschaft statt Marktwirtschaft

Die Kommune als Konkurrent des lokalen Handwerkes und Gewerbes, eine widersinnige Vorstellung für jeden Liberalen. Der Staat hat sich nicht privatwirtschaftlich zu betätigen. Gerade das Gegenteil ist der liberale Ansatz: ein moderner, schlanker Staat zieht sich aus allen Aufgaben und Dienstleistungen zurück, die im freien Spiel der Marktkräfte diese Aufgaben für den Bürger erledigen können. Das ist preiswerter, flexibler und bringt meist höhere Qualität.

Privatwirtschaftliches Engagement der Kommunen - das wissen beinahe alle - heißt einerseits, risikoloses Wirtschaften, weil die Verluste von der Kommune aus Steuern gedeckt werden, das heißt andererseits, neue, gut dotierte Pöstchen als Geschäftsführer und Aufsichtsräte, die für altgediente Gefolgsleute entstehen. Filz und Klüngel und Preisplanung statt Wettbewerb, Qualität und Marktpreis. Im Grunde ist dies ein sozialistischer Staatsansatz mit planwirtschaftlichen Tendenzen. Im Bund Rot/Grün, im Land Rot/Grün, in vielen Städten Rot/Grün, worüber wundern wir uns eigentlich?

Noch ein offenes Wort zu Handwerkern und Gewerbetreibenden (hier reiht sich die Industrie, die Ärzteschaft, die Bauern ganz mühelos ein): Ganz so unschuldig an dieser Entwicklung sind sie nicht. Zur Pflege des politischen Umfeldes reicht es eben nicht aus, nur den eigenen Interessenverband, die eigene Kammer oder die eigene Gewerkschaft zu unterstützen. Politik ist mehr als die Vertretung von Interessen. Demokratische Wahlen von Parlamenten, Regierungen und Räten sind nun mal entscheidender als Stellungnahmen von Spitzenvertretern der eigenen Zunft. Zur unternehmerischen Freiheit gehört auch das gesamtpolitische Engagement; Zur Pflege des politischen Umfeldes gehört auch die Unterstützung von Parteien. Noch in diesem Jahr gibt es Kommunalwahlen, im nächsten Jahr Landtagswahlen. Worauf warten sie?